

Sitzungsperiode 2023-2024  
Sitzung des Ausschusses I vom 6. November 2023

---

### **FRAGESTUNDE\***

• **Frage Nr. 1487 von Herrn HEINERS (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zu einer Studie über die möglichen Folgen des Einstein-Teleskops**

In der vergangenen Woche konnte man der Presse entnehmen, dass die Bemühungen um die Ansiedlung des Einstein-Teleskops in der Euregio-Maas-Rhein einen weiteren großen Schritt gemacht haben.

So haben Sie, werter Herr Ministerpräsident, gemeinsam mit zahlreichen weiteren Stakeholdern aus Belgien, Deutschland und den Niederlanden eine Absichtserklärung unterzeichnet, welche den Weg für eine gemeinsame Kandidatur freimacht.

Die wirtschaftlichen Vorteile, die eine Ansiedlung dieses wissenschaftlichen und technologischen Vorzeigeprojektes mitbringen würde, sind enorm. Entsprechende Studien, welche über die Webseite des Konsortiums für das Einstein-Teleskop in der EMR zugänglich sind, haben dies zu Genüge untersucht und belegt.<sup>1 2</sup>

Wie der BRF am 5. September berichtet<sup>3</sup>, plant die Gemeinde Voeren aktuell eine Studie durchzuführen, die sich eingehender mit den Folgen des Projekts für die Lebensqualität in der Gemeinde auseinandersetzt. Diese Studie soll die Auswirkungen auf möglichst viele Lebensbereiche untersuchen: Von dem Landschaftsbild über den Tourismus bis hin zu der Entwicklung der Immobilienpreise.

In der Tat finden sich auf der Webseite des Konsortiums keine Studien zu solchen spezifischen und lokalen Auswirkungen des Projekts.

Meine Fragen diesbezüglich lauten:

1. Wie schätzt die Regierung der DG die Datenlage rund um die Auswirkungen eines möglichen Einstein-Teleskops in der EMR ein?
2. Sind weitere Untersuchungen, welche die Auswirkungen auf möglichst viele Lebensbereiche umfassen in Zusammenarbeit mit weiteren Stakeholdern geplant?
3. Wie funktioniert der Wissenstransfer innerhalb des Konsortiums?

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

<sup>1</sup> <https://www.einsteintelecope.nl/wp-content/uploads/2023/07/impact-assessment-of-the-einstein-telescope.pdf>

<sup>2</sup> [https://www.einsteintelecope.nl/fr/wp-content/uploads/sites/3/2023/07/20190100\\_-\\_ET\\_Etude\\_d\\_impact\\_socio-economique\\_web-compressed.pdf](https://www.einsteintelecope.nl/fr/wp-content/uploads/sites/3/2023/07/20190100_-_ET_Etude_d_impact_socio-economique_web-compressed.pdf)

<sup>3</sup> <https://brf.be/regional/1754291/>

- **Frage Nr. 1488 von Frau CREUTZ-VILVOYE (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zur PDG-Resolution zur Senkung der Mehrwertsteuer auf Neubauten und Baumaterialien**

Gerade in den ländlich geprägten Gebieten der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist es von entscheidender Bedeutung, dass der Hausbau für junge Menschen erschwinglich bleibt. Junge Paare, die eine Familie gründen wollen, benötigen bezahlbarem Wohnraum, der es ihnen ermöglicht, diesen wichtigen Lebensschritt zu gehen, ohne finanziell überfordert zu sein.

Zudem kann erschwinglicher Wohnraum die Attraktivität ländlicher Regionen steigern, und so junge Menschen, die beruflich zeitweise in größere Städte gezogen sind, zurück in die Region bringen.

Schließlich beflügelt eine erhöhte Nachfrage nach Wohnraum auch die Immobilien- und Bauindustrie, wodurch wiederum der Mittelstand in besonderem Maße wirtschaftlich profitiert.

Um es kurz zu machen: Erschwingliches und bezahlbares Bauen stärken die regionale Wirtschaft, fördern die Entwicklung des ländlichen Raums und sichert die Lebensqualität in Ostbelgien generationenübergreifend ab.

Doch leider haben die Preise für Grundstücke, Handwerker und Baumaterialien in den vergangenen Jahren spürbar angezogen, was in Verbindung mit den steigenden Zinssätzen dazu führt, dass der Traum vom Eigenheim immer mehr zur finanziellen Belastung wird, was potenziell bauwillige junge Menschen abschreckt und die beschriebenen Vorteile unrealisiert lässt.

Vor diesem Hintergrund hat das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 22. Mai dieses Jahres eine Resolution an die föderale Abgeordnetenversammlung, die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gerichtet, in der wir die Senkung der Mehrwertsteuer auf Neubauten und Baumaterialien fordern.<sup>4</sup>

Dazu meine Fragen:

1. Wie ist der gegenwärtige Sachstand dieser Angelegenheit?
2. Was hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft seit Einreichung der Resolution im Mai getan, um den Hausbau in Ostbelgien bezahlbar und attraktiv zu gestalten?
3. Plant die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Maßnahmen, um den Hausbau in Ostbelgien auch für die Zukunft finanziell erschwinglich zu gestalten?

- **Frage Nr. 1489 von Herrn LAMBERTZ (SP) an Minister ANTONIADIS zur Absichtserklärung Dreiländereck Eifel-Ostbelgien-Éislek**

Am 4. Oktober dieses Jahres haben Luxemburg, Rheinland-Pfalz und die DG in Clervaux eine gemeinsame Absichtserklärung unterschrieben, in der sie ihre Absicht bekunden, das Dreiländereck Eifel-Ostbelgien-Éislek zu einem funktionalen Raum im Rahmen des Interreg A-Programms der Großregion zu entwickeln.

Diese Absicht ist meines Erachtens ausdrücklich zu begrüßen und reiht sich nahtlos in die seit längerem unternommenen Bemühungen ein, für die gesamte Großregion eine miteinander abgestimmte grenzüberschreitende Raumplanung zu verwirklichen.

---

<sup>4</sup> Dok. 199 (2021-2022)

Dazu meine Fragen:

1. Was sieht die Absichtserklärung genau vor?
2. Wie ordnet sie sich in das vor einiger Zeit verabschiedete Raumplanungskonzept für die gesamte Großregion ein?
3. Welchen Einfluss hat sie auf die Inhalte der ostbelgischen Raumstrategie, die Sie als Phase 3 in Ihrer Orientierungsnote zur Raumordnung angekündigt hatten?

• **Frage Nr. 1490 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur Umsetzung des Fonds für Nachhaltigkeit**

Sie beabsichtigten in der Planung Ihrer Reform der Raumordnung für Ende 2022 einen sogenannten "Fonds für Nachhaltigkeit" ein zu richten. Dieser soll später Ihrerseits über Erlasse weiter definiert und handlungsfähig gestaltet werden. Im Bericht zur Abänderung des Dekrets zum Gesetzbuch über räumliche Entwicklung wurde der Zeitplan wie folgt beschrieben: Der Auftrag zur Ausarbeitung eines Konzepts für diesen Fonds sollte bis Herbst 2022 vergeben werden und danach habe der Auftragnehmer 9 Monate Zeit, um ein Konzept auszuarbeiten. Diese Frist müsste mittlerweile abgelaufen sein.

Dieser Fonds soll aus verschiedenen Einnahmen gespeist werden. Unter anderem auch aus Einzahlungen, die fällig werden, wenn nicht zur Verstärkung bestimmte Gebiete in bebaubare Flächen umgewandelt werden, solange dafür keine oder zu wenig planologische oder alternative Ausgleichs erfolgen können.

Die schwierigste Aufgabe wird wohl sein, eine Berechnungsbasis zu schaffen, um den Wert dieser Flächen zu bestimmen, die der Natur unwiderruflich entnommen werden.

Außer der zweimaligen Verabschiedung durch die Regierung einer Ausschreibung für die Erstellung eines Konzeptes findet man keine weiteren Regierungsbeschlüsse zu dieser Angelegenheit.

Daher meine Fragen an Sie Herr Minister Antoniadis:

1. Was ist der Stand der Dinge bezüglich der nach außen vergebenen Erarbeitung des Funktionskonzepts für den Fonds für Nachhaltigkeit?
2. Wo liegen die Schwierigkeiten bei der Finalisierung?
3. Wann ist mit einer Umsetzung des Konzeptes eines Nachhaltigkeitsfonds zu rechnen?

• **Frage Nr. 1491 von Frau SCHOLZEN (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zu den Bemühungen der Regierung gegen das Geoblocking**

Jeder in der DG wird das Problem wohl kennen: Man versucht online auf eine Serie, einen Film oder die Übertragung einer Sportveranstaltung zuzugreifen und es erscheint auf dem Bildschirm ein Satz wie: „Dieser Inhalt ist in ihrem Land nicht verfügbar.“

Menschen, die in grenznahen Regionen leben oder arbeiten, stoßen häufig auf Schwierigkeiten, wenn sie auf bestimmte Online-Inhalte zugreifen möchten. Die Film- und Fernsehindustrie greift oftmals auf das Geoblocking zurück, um ihre Inhalte zu schützen.

So gibt es für die Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beispielsweise bis heute kein legales Angebot, um sich alle Spiele der deutschen Bundesliga anzuschauen. Mit der Folge, dass viele auf illegale Angebote zurückgreifen. Das ist weder für die Verbraucher noch für die jeweiligen Rechteinhaber eine günstige Lösung.

Die EU hat Grenzen im Alltag der Menschen beinahe unsichtbar werden lassen. Im Bereich der Medien ist das bis heute noch immer nicht der Fall. Ich brauche Ihnen nicht zu erklären, dass man als Deutschsprachiger unter anderem auch deutschsprachige Inhalte konsumieren möchte.

Wir begrüßen daher ihre Bemühungen eine praktikable Lösung – zumindest für Grenzregionen in denen Sprachminderheiten leben – zu finden. So konnte man aus der Presse entnehmen, dass sie, Herr Ministerpräsident, zusammen mit dem Europaabgeordneten Pascal Arimont eine Taskforce Geoblocking gegründet haben, um die Kräfte in dieser Sache zu bündeln. Mit den Aland-Inseln und Südtirol konnten sie außerdem wertvolle Mitstreiter für diese Sache gewinnen. Auch vermeldeten sie vielversprechende Diskussionen mit der Deutschen Fußballliga.

Meine Fragen diesbezüglich lauten:

1. Welche konkreten Schritte plant die Regierung weiterhin?
2. Hat die Regierung konkrete Vorstellungen, wie eine umfassende Lösung mit oder ohne Hilfe der EU aussehen kann?